

Das SGB II -Grundsicherung für Arbeitsuchende- tritt am 01.01.2005 in Kraft. Bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende handelt es sich um eine bedürftigkeitsabhängige Leistung, durch die

- a) die Eingliederung erwerbsfähiger Hilfsbedürftiger (im Alter von 15 bis 65 Jahren) in Arbeit erreicht und
- b) der Lebensunterhalt für erwerbsfähige Hilfebedürftige und der mit ihnen in Bedarfsgemeinschaft lebenden Angehörigen gesichert werden soll.

Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende sind die Bundesagentur für Arbeit und die Kreise und kreisfreien Städte.

Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung wurde bereits in seiner 20. Sitzung am 27.05.2004 grundsätzlich über Inhalte und Auswirkungen des neuen Gesetzes und der neuen Leistung und in der 21. Sitzung am 21.09. und der 22. Sitzung am 15.11.2004 über den aktuellen Sachstand informiert.

Nach § 6 Abs. 2 SGB II können die Länder bestimmen, dass und inwieweit die Kreise die kreisangehörigen Städte und Gemeinden zur Durchführung der ihnen obliegenden Aufgaben nach diesem Gesetz heranziehen; hierbei können Weisungen erteilt werden. Die Kreise bleiben Widerspruchsbehörde und Kostenträger.

Eine derartige landesrechtliche Ermächtigung liegt im Entwurf vor und soll nach den derzeitigen Planungen zum 01.01.2005 in Kraft treten. Der Entwurf des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen (AG-SGB II NRW) ist als Anlage beigelegt.

Der Rhein-Sieg-Kreis beabsichtigt nach Abstimmung mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, die zu erwartende Delegationsmöglichkeit auf die Städte und Gemeinden durch eine Satzung umzusetzen.

Das nach § 5 Abs. 2 i.V.m. § 3 Abs. 3 AG SGB II erforderliche Benehmen mit den kreisangehörigen Gemeinden soll anlässlich einer Dienstbesprechung der Sozialdezernentinnen und -dezernenten/Beigeordneten zur Umsetzung des SGB II im Rhein-Sieg-Kreis am 19.11.2004 herbei geführt werden.

Damit die Delegationssatzung zeitgerecht in Kraft treten kann, soll die Satzung bereits vor Inkrafttreten des AG SGB II NRW beschlossen werden.

Für eine Aufgabenwahrnehmung durch die Städte und Gemeinden sprechen folgende Gesichtspunkte:

- Bürgernähe
- Hilfestellung von einer einzigen kommunalen Stelle (keine Bearbeitung von Einzelfällen mehr beim Rhein-Sieg-Kreis)
- Weitgehend bisherige Zuständigkeit für diesen Personenkreis nach dem BSHG

- Synergieeffekte bei den Städten und Gemeinden (das bisher im Rahmen der Sozialhilfegewährung frei werdende Personal kann für die Bearbeitung von Anträgen auf SGB II-Leistungen des kommunalen Trägers eingesetzt werden)
- Kein Aufbau neuer Strukturen für die Übergangsphase bis zur beabsichtigten Einrichtung einer Arbeitsgemeinschaft mit der Agentur für Arbeit

Den Städten und Gemeinden soll daher die Aufgabenwahrnehmung für folgende Personengruppen übertragen werden:

1. Entscheidungen über Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts für die in § 65 a Abs. 1 SGB II genannten Personen
2. Entscheidungen über Leistungen gem. § 22 Abs. 1 bis 5 (Unterkunfts- und Heizkosten, Mietschulden) und § 23 Abs. 3 SGB II (einmalige Beihilfen) für Personen, die ab 01.01.2004 Leistungen nach dem SGB II beantragen
3. Entscheidungen über Leistungen gem. § 16 Abs. 2 Nr. 1 SGB II (Betreuung minderjähriger oder behinderter Kinder oder häusliche Pflege von Angehörigen)
4. Entscheidungen über Leistungen gem. § 16 Abs. 2 Nr. 2 SGB II (Schuldnerberatung)
5. Leistungen gem. § 16 Abs. 2 Nr. 3 SGB II (Psychosoziale Betreuung)
6. Leistungen gem. § 16 Abs. 2 Nr. 4 SGB II (Suchtberatung)

In der Zuständigkeit des Kreises verbleibt

für die Übergangsphase bis zum 30.06.2005 lediglich die Abrechnung der Leistungen mit der Agentur für Arbeit gem. § 65 Abs. 1 Abs. 1 Satz 3 Halbsatz 2 SGB II.